

Lohnplus für den Aufschwung

Wirtschaftliche Lage und Ausblick 2024 – 2025

Erholung der Weltwirtschaft

Die Erholung der Weltwirtschaft setzt sich fort. Dieses Jahr wird die globale Wirtschaft um voraussichtlich 2,9 Prozent % wachsen, nach 3,1 Prozent im Vorjahr. Die Weltmarktpreise für Öl, Gas, und Benzin sinken und lassen die nationalen Inflationsraten schrumpfen. Folglich steigen die Realeinkommen und stärken die Kaufkraft. Die Aussicht auf eine Zinswende belebt ebenfalls die Weltkonjunktur. Die wachsende weltweite Industrieproduktion kurbelt den Welthandel an. Dieser nimmt dieses Jahr um voraussichtlich 3,4 Prozent zu, nachdem er 2023 nur leicht anstieg.

Die US-Volkswirtschaft wird 2024 um vermutlich 2,2 Prozent wachsen. Im Vorjahr betrug das Wachstum 2,5 Prozent. Das starke Wachstum ist unmittelbare Folge einer aktiven US-Industriepolitik. Washington hat milliardenschweren Staatshilfen die heimische Konjunktur angekurbelt. Die Unternehmensinvestitionen, die Einkommen und der private Konsum wachsen. Der Arbeitsmarkt ist weiterhin in guter Verfassung. Die offizielle Arbeitslosenquote liegt unter vier Prozent.

Inhaltsübersicht

Erholung der Weltwirtschaft	1
Wirtschaftslage Deutschland.....	2
Arbeitsmarkt	4
Ist die deutsche Wirtschaft noch wettbewerbsfähig?.....	5
Schädliche Kürzungspolitik muss überwunden werden	7

Die US-Preise steigen nur aktuell noch um 3,2 Prozent. Die US-amerikanische Zentralbank (FED) rechnet, aufgrund der guten Konjunktur, nicht mit weiter zurückgehender Inflation. Die Notenbanker warten folglich mit Zinssenkungen. Der hohe Leitzins der FED bremst aber die US-Konjunktur.

Der Euroraum leidet hingegen unter einer Konjunkturflaute. Für das laufende Jahr wird ein niedriges Wirtschaftswachstum von 0,5 Prozent erwartet. Viele Euroländer haben nach umfangreichen krisenbedingten Staatshilfen einen Sparkurs eingeschlagen. Die Eurostaaten haben ihre

» **Die Erholung der Weltwirtschaft setzt sich fort. Die globale Wirtschaft wächst 2024 um voraussichtlich 2,9%.**

Haushaltsdefizite 2023 um 0,4 Prozentpunkte reduziert. Die Haushaltskürzungen

bremsen im Mix mit schwachen Realeinkommen und hohen Zinsen die Konjunktur im gemeinsamen Währungsraum. Neben Deutschland schwächeln dieses Jahr auch Frankreich, Italien, Holland, Österreich, Irland und Finnland. Lediglich in Spanien, Portugal und Griechenland wächst die Wirtschaft kräftig. Die Arbeitsmärkte des Euroraums sind jedoch robust. Die Arbeitslosenquote erreichte mit 6,4 Prozent den niedrigsten Wert seit Gründung der Währungsunion.

Die Preise steigen 2024 in der Eurozone um vermutlich nur noch 2,3 Prozent. Im Vorjahr betrug die Inflation 5,4 Prozent. Die europäische Zentralbank (EZB) wartet aber noch immer mit der Zinswende. Die hohen Zinsen belasten die Investitionen und haben die Bauwirtschaft in die Krise gestürzt. Die Eurobanker hätten schon längst die Zinsen senken können. Im gemeinsamen Währungsraum gibt es keine großen Inflationsrisiken mehr. Der Preisschub war importiert. Zentraler Inflationstreiber waren steigenden

Energiepreise, die jetzt wieder stark gesunken sind. Zudem ist eine Lohn-Preis-Spirale weit und breit nicht in Sicht.

Die chinesische Volkswirtschaft könnte dieses Jahr um 4,5 Prozent wachsen. Die Immobilienkrise lastet weiterhin auf der Konjunktur. In den Großstädten purzeln die Immobilienpreise. Das schrumpfende Immobilienvermögen dämpft den privaten Verbrauch. Im Gegensatz zu vergangenen wirtschaftlichen Schwächephasen schnürt die chinesische Regierung diesmal – noch – keine Konjunkturpakete.

Die Schwellenländer sind wieder auf Wachstumskurs. Indien wird 2024 um voraussichtlich 6,5% wachsen. In der Türkei, Brasilien und Mexiko läuft der Konjunkturmotor ebenfalls rund. Gleiches gilt, trotz des Krieges, für Russland.

Wirtschaftslage Deutschland

Deutschlands Wirtschaft stagniert. Während das Bruttoinlandsprodukt 2022 preisbereinigt noch um 1,8 Prozent angestiegen war, ging es 2023 um 0,3 Prozent zurück. Die wichtigsten Gründe dafür waren ein schwacher Konsum, die Zinspolitik der Europäischen Zentralbank, die Baukrise sowie die deutlich abgekühlte Dynamik der Weltwirtschaft. Angesichts der übermäßigen Exportorientierung Deutschlands überrascht es nicht, dass die wirtschaftliche Lage hierzulande gerade in der aktuellen weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Situation besonders angespannt ist.

Insgesamt dürfte die Konjunktur 2024 auf der Stelle treten: Die Institute der Gemeinschaftsdiagnose erwarten ein preisbereinigtes BIP-Wachstum von 0,1 Prozent, das IMK zeigt sich

pessimistischer und erwartet einen Rückgang von 0,3 Prozent. Nicht zuletzt die milliardenschweren Sparpakete der Ampel-Regierung bremsen die wirtschaftliche Entwicklung.

Die in den letzten Jahren deutlich angestiegene Inflation dürfte in 2024 weiter sinken – das

» Die Inflation geht zurück. Für 2024 wird ein Preisanstieg von 2,4% erwartet, 2025 von etwa 2%.

IMK erwartet einen Jahreswert von 2,4 Prozent. 2023 betrug sie noch 5,9 Prozent. Gründe für den

schwächeren Preisauftrieb dürften sinkende Vorleistungs- und Großhandelspreise sowie niedrigere Energiepreise sein.

Schon in den letzten Monaten sind die Energiepreise stark gesunken, was auch den Druck auf die Preise produzierter Güter und Dienstleistungen verringert. Inwiefern und wann die rückläu-

fige Inflation zu einer Zinswende führt, die Investitionen und Konjunktur beleben würde, bleibt abzuwarten. Seit Sommer 2022 hat die Europäische Zentralbank die Leitzinsen in mehreren Schritten erhöht, bislang aber nicht wieder gesenkt. Das hohe Zinsniveau belastet die konjunkturelle Entwicklung.

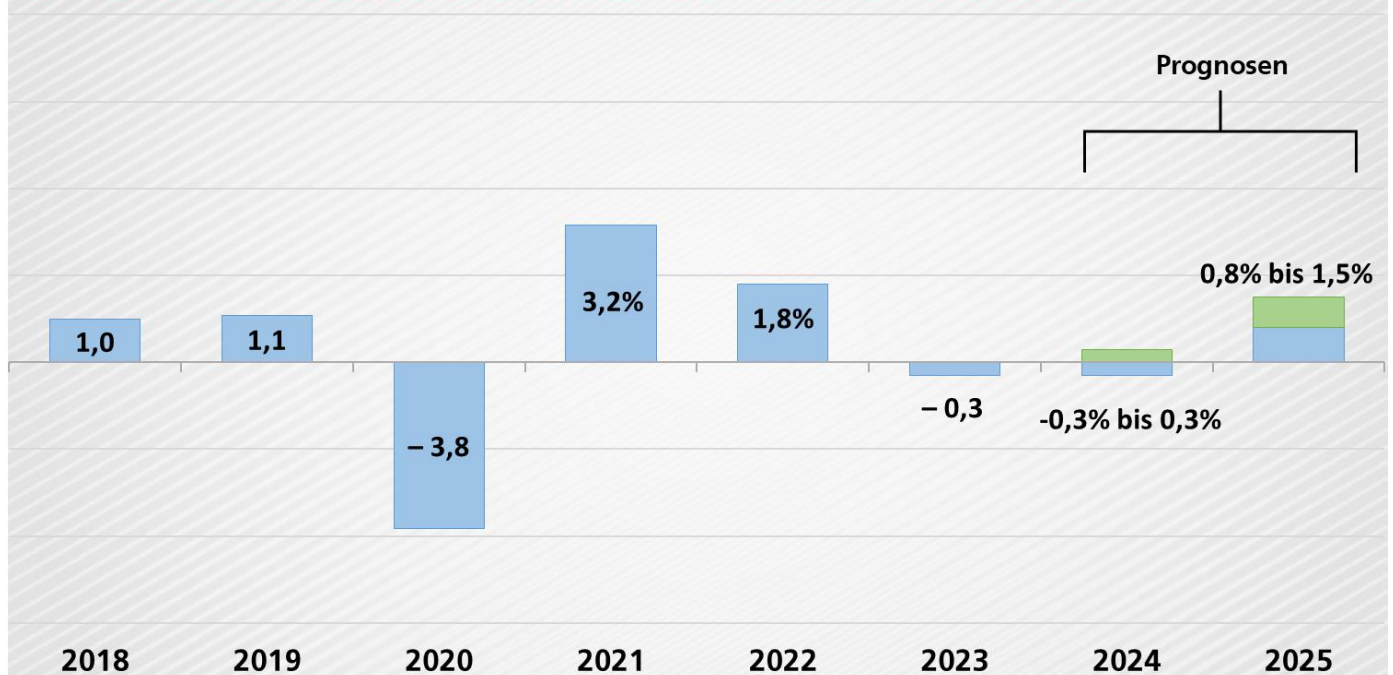
Der deutsche Außenhandel war 2023 rückläufig. Die Exporte von Waren und Dienstleistungen sanken um 2,2 Prozent. Die Importe schrumpften um 3,4 Prozent, wozu die schwache Binnenkonjunktur wesentlich beigetragen hat. 2024 dürften sowohl Exporte als auch Importe wieder leicht anziehen.

Im vierten Quartal 2023 sind die Ausrüstungsinvestitionen (Maschinen, Fahrzeuge, Betriebsausstattungen und ähnliches) eingebrochen. Das IMK erwartet eine leichte Erholung im Laufe des aktuellen Jahres. Auch die Auslands-

Stagnation 2024, erst dann Erholung

Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts in Deutschland, 2018-2025

ver.di



nachfrage soll wieder wachsen. Zusammen mit möglicherweise sinkenden Zinsen dürfte sich dies im Laufe des aktuellen Jahres positiv auf die Nachfrage nach Maschinen, Produktionsanlagen und Gebäude auswirken und auch den Außenhandel wieder beleben.

Die Bauwirtschaft und der Wohnungsbau liegen weiterhin am Boden, und dies schon seit einiger Zeit. Bauunternehmen erhalten seit langem weniger Aufträge. Die erteilten Baugenehmigungen schrumpfen ebenfalls. Entsprechend dürften die Bauinvestitionen 2024 erneut zurückgehen. Dies ist – neben deutlich gestiegenen Materialkosten – nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass sich die Finanzierungsbedingungen in den letzten Jahren verschlechtert haben. Die Zinsen lagen für neu zu vergebende Wohnungsbaukredite im Januar 2024 noch immer deutlich über dem Vorjahr. Die Wohnungsbaukredite an private Haushalte sind eingebrochen.

Die realen Konsumausgaben der privaten Haushalte sanken 2024 um 0,7 Prozent und lagen zum Jahresende noch immer deutlich unter dem Niveau vor der Corona-Pandemie. Der schwache private Konsum belastete hierdurch erneut die Konjunktur.

Eine Erholung der privaten Konsumausgaben hängt in erster Linie von der Entwicklung der Haushaltseinkommen ab – und damit von der Lohnentwicklung. Deutliche Lohnsteigerungen beleben die Binnennachfrage und kräftigen damit die konjunkturelle Entwicklung. Voraussichtlich niedrigere Preissteigerungsraten können diesen Effekt unterstützen. Hingegen erwartet das IMK nur in geringem Umfang eine weitere Zunahme der Beschäftigung, die ebenfalls die Binnennachfrage treiben würde.

Arbeitsmarkt

In den letzten Jahren zeigte sich der Arbeitsmarkt in Deutschland erstaunlich robust gegenüber den wirtschaftlichen Krisen, die durch die Corona-Pandemie und den Krieg in der Ukraine ausgelöst wurden. Dazu trug nicht zuletzt das Instrument der Kurzarbeit bei. Zugleich haben viele Unternehmen angesichts von Fachkräfte-Engpässen in vielen Bereichen einen Anreiz, Ihre Beschäftigten auch in schwierigen Situationen zu halten.

Aktuell ist die Nachfrage nach Arbeit noch immer hoch. Sie verliert allerdings an Dynamik. Die registrierte Arbeitslosigkeit stieg zuletzt an (2023 jahresdurchschnittlich um 190.000 Personen gegenüber dem Vorjahr), ebenso die Arbeitslosenquote (2023 um 0,4 Prozentpunkte auf 5,7 Prozent).

Dies war zunächst darauf zurückzuführen, dass Geflüchtete aus der Ukraine auf den Arbeitsmarkt kamen, mittlerweile kommt allerdings auch die Konjunkturschwäche zum Tragen. Die

» **Der heimische Arbeitsmarkt ist sehr robust gegenüber Krisen. Die Beschäftigung wächst weiter.**

Beschäftigung wächst gleichwohl weiter, wenn auch spürbar langsamer als noch vor wenigen

Monaten. Die Erwerbstätigkeit stieg 2023 um 340.000 Personen gegenüber dem Vorjahr. Zum zweiten Mal in Folge ist auch die Zahl der Minijobs in Haupttätigkeit angestiegen – Grund dafür ist die zurückliegende Anhebung der Minijobgrenze. Bei dieser fragwürdigen, weil prekären Form der Beschäftigung zeigte der Trend zuvor viele Jahre nach unten (die Minijobs in Ne-

bentätigkeit nehmen allerdings schon seit vielen Jahren im Trend zu).

Das IMK erwartet, dass sich diese Arbeitsmarktentwicklung auch 2024 fortsetzt. Der leichte Beschäftigungszuwachs erfolgt vor allem durch Teilzeitbeschäftigung sowie in Dienstleistungsbranchen, auch die Zahl der Minijobs soll weiter zunehmen. Die Arbeitslosigkeit dürfte allerdings erst im kommenden Jahr wieder leicht sinken. Bis dahin erwartet das IMK einen Anstieg der Arbeitslosenquote auf 6,0 Prozent.

Die Prognosen sind allerdings mit hoher Unsicherheit behaftet. Eine Verschlechterung der konjunkturellen Lage – zum Beispiel durch geopolitische Verwerfungen oder ein Abkühlen der

» Die Arbeitgeberverbände reden den Standort schlecht. Sie wollen einen marktradikalen Kurswechsel

Weltwirtschaft – könnte die Arbeitsmarktsituation binnen kurzer Zeit deutlich verschlechtern.

Ist die deutsche Wirtschaft noch wettbewerbsfähig?

Die Arbeitgeber nutzen die Konjunkturschwäche, um den Standort schlecht zu reden. BDI, BDA, DIHK & Co behaupten, dass die deutsche Wirtschaft nicht mehr wettbewerbsfähig sei.

Die Arbeitgeberverbände wollen einen wirtschafts- und sozialpolitischen Kurswechsel. Ihr politischer Wunschcatalog umfasst ein Belastungsmoratorium, eine dauerhafte Investitionsprämie, verbesserte steuerliche Abschreibungen und weitere Senkungen der Unternehmenssteuern, einen Deckel für Sozialversicherungsbeiträge (insbesondere für den Arbeitgeberanteil), die Ab-

schaffung der „Rente mit 63“ (real ab 64, ansteigend bis 2031 dann ab 65) und eine Erhöhung des Renteneintrittsalters über 67 Jahre hinaus.

Doch steht die deutsche Wirtschaft wirklich am Abgrund? Zentraler Maßstab für die Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft ist ihre Außenhandelsbilanz. Deutschland hat seit Jahrzehnten Exportüberschüsse. Letztes Jahr verdoppelte sich der Exportüberschuss bei den Waren auf 210 Mrd. Euro, nachdem er in den Vorjahren durch erhöhte Importpreise gesunken war. Die heimischen Firmen exportierten Waren im Wert von 1562 Mrd. Euro - überwiegend Autos, Maschinen, Chemie- und Pharmaprodukte. Ursächlich für die Verdopplung des Exportüberschusses waren sinkende Energiepreise. Eine Volkswirtschaft mit einem milliardenschweren Exportüberschuss ist immer noch preislich wettbewerbsfähig.

Zur Wahrheit gehört aber auch: Die Entwicklung zentraler Absatzmärkte der deutschen Industrie ist unsicher. Preisgünstige chinesische Elektroautos können die deutschen Autobauer sowohl auf dem chinesischen Markt als auch in Europa unter Druck setzen. Gleichzeitig fördert Washington mit einer aktiven Industriepolitik die grüne Transformation seiner Wirtschaft und setzt starke finanzielle Anreize für Unternehmen, ihre Produktion in die USA zu verlagern. Zudem profitiert die US-Wirtschaft von billigen Energiekosten.

Eine weitere wichtige Kennziffer für Wettbewerbsfähigkeit sind die sogenannten Lohnstückkosten, das Verhältnis der Arbeitskosten zur gesamtwirtschaftlichen Produktivität. Die heimischen Lohnstückkosten stiegen seit der Jahrtausendwende nur um durchschnittlich 1,4 Prozent pro Jahr. Dieses Wachstum liegt unter dem Zuwachs der Lohnstückkosten anderer großer Euro-

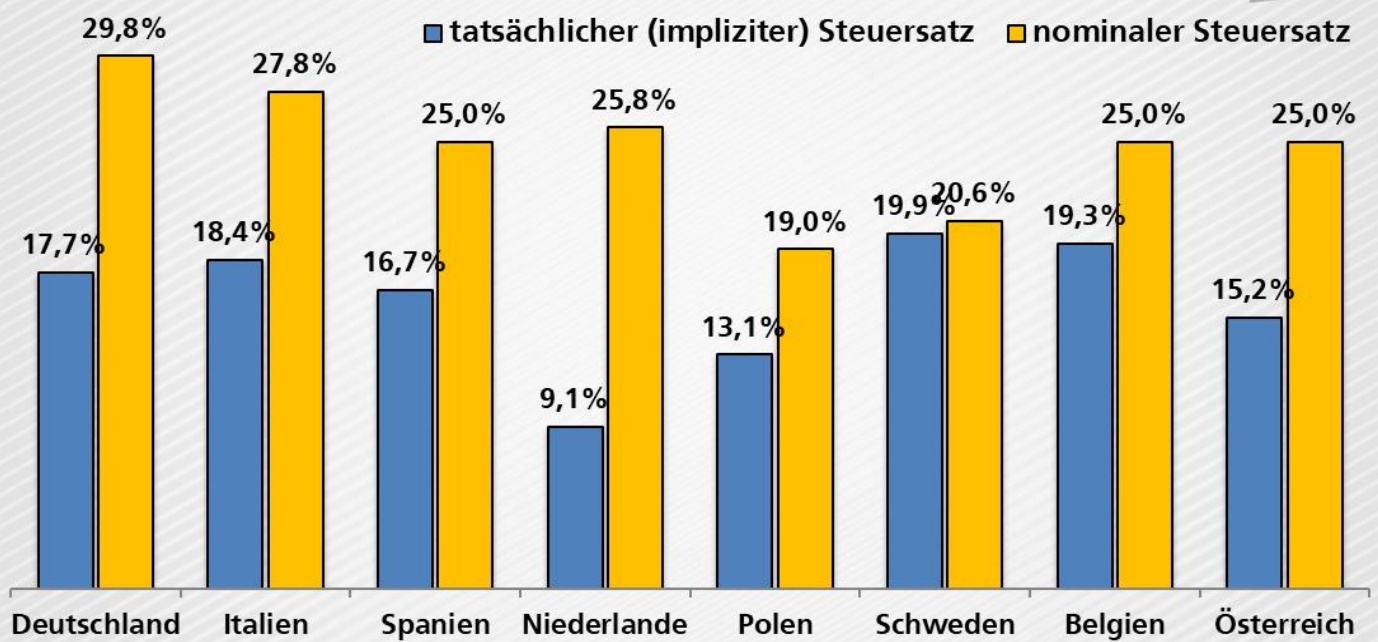
länder. Die deutsche Lohnstückkostenentwicklung lag zwischen 2000 und 2022 um insgesamt sechs Prozentpunkte unter dem Durchschnitt des Euroraums.

Unternehmen investieren aktuell mehr im Ausland als zwischen Berlin und München. Seit 2019 fließt immer Kapital aus Deutschland ab. Die umfangreichen Auslandsinvestitionen sind aber keine Kapitalflucht. Eine exportorientierte und globalisierte Volkswirtschaft investiert immer sehr viel im Ausland. Deutsche Firmen übernehmen ausländische Konkurrenten, reinvestieren ihre Gewinne, um ausländische Märkte zu erschließen und vergeben Kredite an ausländische Töchter. In Zeiten großer geopolitischer Konflikte errichten deutsche Unternehmen in wichtigen ausländischen Märkten – USA, China – eigene Produktionsstätten. So schützen sie sich gegen die negativen Folgen von Handelskriegen. Wenn

sie ihre Waren vor Ort produzieren, sind sie immun gegen hohe Zölle und andere Handelshemmnisse.

Deutschland ist auch kein Hochsteuerland für Unternehmen. Der nominale Unternehmenssteuersatz – Körperschaftssteuer, Gewerbesteuer plus Soli - liegt zwar bei 29,9 Prozent. Die Firmen zahlen aber effektiv weniger als diesen Tarifsatz. Kapitalgesellschaften können ihre tatsächliche Steuerlast durch zahlreiche Abschreibungs- und Absatzmöglichkeiten auf durchschnittlich 17,7 Prozent senken. Das ist europäisches Mittelfeld. Sollte Deutschland jetzt Unternehmenssteuern senken, würde dies den internationalen Steuer senkungswettbewerb verstärken, wie wir ihn seit den 2000er Jahren erlebten. Die deutschen Unternehmen haben auch nicht zu wenig Finanzmittel. Sie machten 2022 und 2023 Rekordgewinne. VW, Telekom, BASF & Co verwenden ei-

Tatsächliche Gewinnbesteuerung der Unternehmen in Deutschland liegt im Mittelfeld der EU



nen Teil dieses Geldes für Dividenden und Aktienrückkäufe. Und der deutsche Mittelstand hat eine historisch hohe Eigenkapitalquote von 38 Prozent. Die aktuelle Investitionszurückhaltung liegt also nicht an fehlenden Finanzmitteln. Folglich kurbelt mehr netto vom brutto auch nicht die Investitionen an. Die eigentlichen Ursachen für die Investitionsschwäche sind unzureichende Absatzerwartungen und fehlende Planungssicherheit.

Tagtäglich klagen die Unternehmensverbände über fehlende Arbeits- und Fachkräfte. Diesen Mangel haben die Unternehmen aber teilweise mitverursacht. Viele Unternehmen haben zu wenig ausgebildet, nur unzureichend qualifiziert, niedrige Löhne und schlechte Arbeitsbedingungen geschaffen sowie kaum familien- und altersgerechte Arbeitsplätze angeboten. Der demografiebedingte Arbeitskräftemangel ist nicht unerwartet vom Himmel gefallen. Die Personalabteilungen wissen seit über 15 Jahren, was auf sie zukommt. Unternehmen, die ihre Hausaufgaben gemacht haben, stehen heute besser da als

» Der Sozialstaat ist kein Wettbewerbsnachteil. Er sorgt für qualifizierte Beschäftigte und eine hohe wirtschaftliche Leistungsfähigkeit.

Firmen, die die Alterung ihrer Belegschaften ignoriert haben. Das gesamte inländische Arbeitskräftepotenzial

beläuft sich nach Schätzungen des IAB auf 6,1 Mio. Personen. Wenn alle Menschen, die arbeiten oder mehr arbeiten wollen, ihre Arbeitswünsche erfüllen könnten, würde ein Teil der Arbeitskräftelücke geschlossen. Darüber hinaus kann auch eine an Integration und Perspektive ausgerichtete Einwanderungspolitik dazu beitragen, den Arbeitskräftemangel in den Griff zu bekommen.

Der deutsche Sozialstaat ist kein Wettbewerbsnachteil. Ein funktionierender Sozialstaat sorgt für hoch qualifizierte Beschäftigte, gesunde und gut ausgebildete Belegschaften, eine hohe Produktivität und sozialen Frieden. Der Sozialstaat ist eine Produktivkraft. Sozialausgaben steigern die Nachfrage, schaffen Beschäftigung und beleben die Konjunktur. Der Anteil der Sozialausgaben am BIP liegt bei etwa 30 Prozent. Damit belegt Deutschland im internationalen Vergleich einen Mittelfeldplatz. Die Sozialausgaben wuchsen in Vergleich zu unseren Nachbarn nur sehr schwach. Der Anteil am Bruttoinlandsprodukt ist, abgesehen von akuten Krisenphasen, weitgehend auf gleichem Niveau geblieben. Dies schlägt sich in einer chronischen Unterfinanzierung zentraler Bereiche unseres Sozialstaats (Kitas, Pflege, Rente, etc.) nieder. Die Folge sind Pflegenotstand, Bildungsmisere, Personalmangel, belastende Arbeitsbedingungen, ein Mangel an bezahlbarem Wohnraum und wachsende Altersarmut.

Zudem gibt es hierzulande einen öffentlichen Investitionsstau. Allein in den Kommunen beläuft sich dieser inzwischen auf 166 Mrd. Euro. Die marode Infrastruktur bei Verkehr, Digitalisierung, Stromnetzen, etc. gefährdet mittelfristig die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Hinzu kommen unzureichende Investitionen in eine klimaneutrale Ökonomie.

Schädliche Kürzungspolitik muss überwunden werden

Im Jahr 2023 verzeichnete der deutsche Staat einschließlich der Sozialversicherungen ein Defizit von 2,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), 87 Mrd. Euro. Hauptgrund für das Loch im

Haushalt waren die Maßnahmen gegen die Auswirkungen der höheren Inflation und insbesondere der Energiepreise. Die Schuldenquote (Der Anteil der Staatsschulden am BIP) sank aufgrund des inflationsbedingt stark steigenden nominalen BIP gleichzeitig von 66,1 auf 64,3 Prozent.

2024 werden voraussichtlich die Einnahmen aus Lohn- und Umsatzsteuern sowie Sozialbeiträgen (auch wegen höherer Zusatzbeiträge zur Krankenversicherung und Pflegeversicherungsbeiträge) kräftig wachsen. Die Ausgaben steigen insb. bei Renten und Sozialleistungen, Löhnen und Gehältern, Verteidigung sowie Zinszahlungen. Die Zunahme fällt aber insgesamt schwächer

» Die restriktive Finanzpolitik wird 2024 das Wachstum um 0,7 Prozentpunkte schwächen.

aus als bei den Einnahmen. Im Ergebnis erwarten die großen Wirtschaftsforschungsinstitute einen Rückgang des Defizits auf

1,6 Prozent des BIP. Bei geringem Wachstum und wenig Inflation bleibt der Schuldenstand mit 64,5 Prozent voraussichtlich etwa gleich.

Bund und Länder müssen 2024 wieder die Schuldenbremse einhalten. Sie wollen dies schaffen, indem ein Teil ihrer Ausgaben aus Rücklagen und Sondervermögen (Krediten) bezahlt wird. Dennoch wirkt die Finanzpolitik 2024 deutlich restriktiv, sie schwächt nach Schätzung der Gemeinschaftsdiagnose die Nachfrage und das Wachstum der Wirtschaft um etwa 0,7 Prozentpunkte des BIP.

Bei Bund und Ländern hat das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom November 2023 zu großen Problemen geführt. Kredite, die in Krisenzeiten aufgenommen und nicht verwendet wurden, dürfen später nicht mehr genutzt werden. Das war aber eine Hauptquelle für den Klima- und Transformationsfonds sowie den

Wirtschaftsstabilisierungsfonds. Viele Maßnahmen zum Umbau der Wirtschaft, der Infrastruktur und der Gebäude und zur sozialen Abfederung sollten daraus bezahlt bzw. gefördert werden.

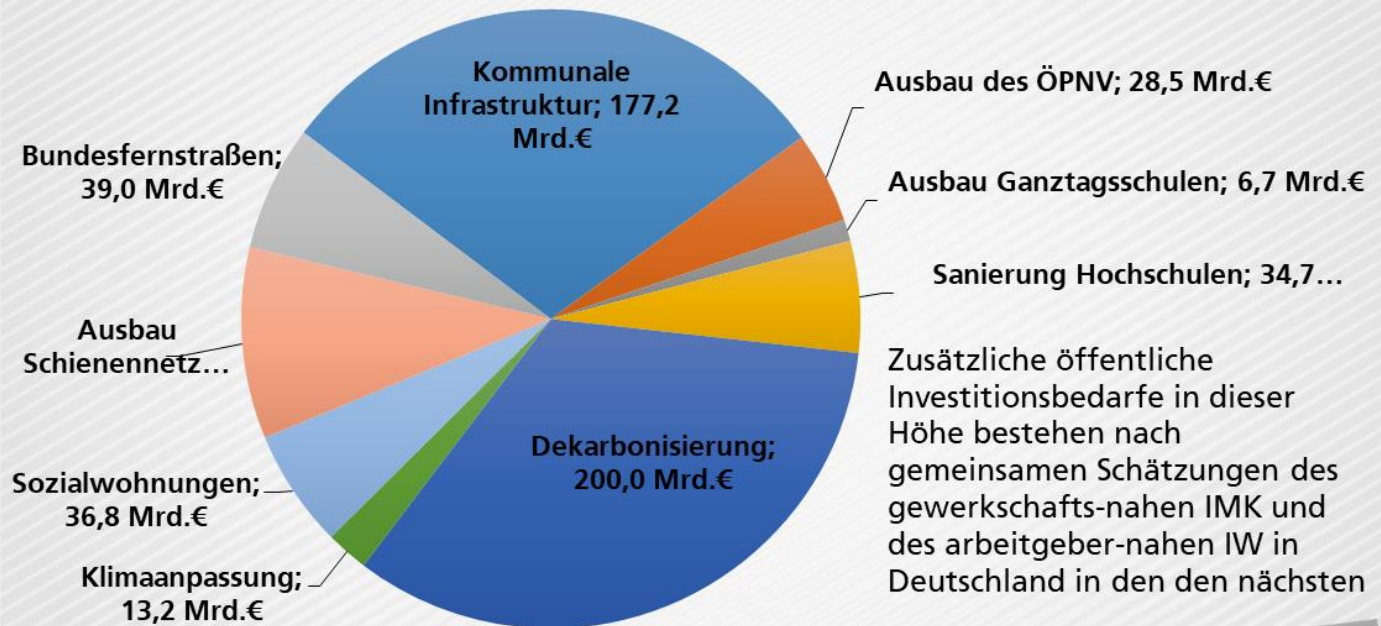
Im letzten Jahr hat der Bundestag auf Vorschlag der Bundesregierung erneut eine Notlage erklärt, um die Schuldenbremse nicht anwenden zu müssen. Ab 2024 greift diese aber wieder voll. Finanzminister Lindner besteht darauf. Deswegen wurde ein Sparpaket geschnürt, das auch Kürzungen bei Arbeit und Soziales beinhaltet.

Die Ausgaben des Bundeshaushalts sollen im Jahr 2024 insgesamt 477 Mrd. Euro betragen. Dabei entfallen gegenüber 2023 etwa 40 Mrd. Euro schwere Ausgaben zur Abfederung der Energiepreissteigerungen für private Haushalte und Unternehmen. Andererseits werden 17 Mrd. Euro aus dem laufenden Haushalt in den Klima- und Transformationsfonds übertragen.

Der Etat des Verteidigungsministeriums steigt um zwei Mrd. Euro, die Verteidigungsausgaben insgesamt aber um 17 auf über 85 Mrd. Euro. Die Ausgabensteigerungen werden weitestgehend aus dem „Sondervermögen Bundeswehr“ (das nur eine zusätzliche Verschuldung außerhalb der Schuldenbremse ist) finanziert. So soll das NATO-Ausgabenziel von mindestens zwei Prozent des BIP erreicht werden. Spätestens 2028 werden die 100 Mrd. Euro „Sondervermögen“ verausgabt sein.

Darüber hinaus sind zwölf Mrd. Euro für den Einstieg in die Kapitaldeckung der gesetzlichen Rente eingeplant. Finanziert wird dies mit Krediten. Da diese Kredite in den „Generationenfonds“ eingezahlt werden, zählen sie als „finanzielle Transaktion“ – damit sind sie nicht für die Schuldenbremse relevant. Das gleiche gilt für die

Öffentliche Investitionsbedarfe von 600 Mrd. Euro



ver.di INFO GRAFIK www.wipo.verdi.de | Quelle: IMK Policy Brief Nr. 168 - Mai 2024

ver.di

vier Mrd. Euro Kreditaufnahme zur Eigenkapitalerhöhung der Deutschen Bahn. Diese erhält das Geld, damit sie wiederum höhere Schulden für Investitionen aufnehmen kann. Die Schuldenbremse kann dank dieser Tricks, trotz einer Nettokreditaufnahme von 39 Mrd. Euro, eingehalten werden. Sonst hätte sich der Staat nur mit 23 Mrd. Euro neu verschulden dürfen.

Die Haushaltsplanung für 2025 wird noch schwieriger. Die Finanzierungslücke beläuft sich auf einen mittleren zweistelligen Milliardenbetrag. Fast alle Ministerien sollen erhebliche Milliardenbeträge einsparen. Besonderen Druck gibt es auf die Zahlungen des Bundes an die Rentenversicherung und andere Sozialversicherungen sowie auf die geplante Kindergrundsicherung. Letztere wurde bereits von zwölf auf 2,5 Mrd. Euro zusammengestrichen.

In den kommenden Jahren werden sich die Finanzprobleme und die einhergehenden politischen Konflikte weiter zuspitzen. Die geplanten Staatsausgaben reichen vorne und hinten nicht, um den aufgelaufenen Investitionsstau bei Kommunen und Infrastruktur sowie die wachsenden gesellschaftlichen Bedarfe für Kitas und Schulen, Gesundheitswesen und Pflege, soziale Wohnungsversorgung, Bahnen und Busse, und den

» In den kommenden Jahren werden sich die Finanzprobleme weiter zuspitzen.

ökologischen Umbau von Gebäuden und Wirtschaft auch nur annähernd

zu decken. In einer aktuellen gemeinsamen Studie schätzen das gewerkschaftliche IMK und das arbeiternahe Institut der deutschen Wirtschaft allein die zusätzlichen öffentlichen Investitionsbe-

darfe auf 600 Mrd. Euro in zehn Jahren. Zudem fordert ver.di, die steigenden Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung als – am besten sozial gestaffelte – Klima-Kopfprämie an die Haushalte zurückfließen zu lassen.

Ausgabenkürzungen sind auch wirtschaftlich schädlich. Das gilt ganz besonders im Abschwung, wenn mehr Nachfrage durch höhere Staatsausgaben nötig wäre. Diese stärken die Konjunktur wesentlich direkter und mehr als Steuergeschenke für wohlhabende und reiche Haushalte oder für finanzstarke Unternehmen, wie sie Finanzminister Lindner fordert. Das ist nichts anderes als eine verschärfte Umverteilung von unten nach oben, Sozialabbau einerseits, wachsender Reichtum der Millionäre, Milliardäre und großen Unternehmen andererseits.

Statt einer solchen neoliberalen „Wirtschaftswende“, Aufrüstung und Sozialabbau brauchen wir mehr Zukunftsinvestitionen und einen Ausbau des Sozialstaats:

- Zukunftsinvestitionen finanziert auch durch staatliche Kreditaufnahme. Nur so kann der ökologische Umbau sozial gestaltet und der Wirtschaftsstandort gesichert werden. Die Schuldenbremse muss dazu abgeschafft oder grundlegend reformiert werden.

- Bedarfsgerechte Ausstattung des öffentlichen Dienstes, der Daseinsvorsorge und der sozialen Dienstleistungen. Damit das Land wieder besser funktioniert, für alle gesorgt und die Zukunft durch Bildung gesichert wird.

- Gerechtere Verteilung der Einkommen und Vermögen: Hohe Einkommen, Milliardäre und Multimillionäre sowie finanzstarke Großunternehmen müssen stärker herangezogen werden, um gute Renten und Sozialleistungen zu zahlen.¹

Mehr von ver.di Wirtschaftspolitik

Webseite: <http://wipo.verdi.de>

Newsletter:

<http://wipo.verdi.de/info-abonnement>

Facebook:

<http://www.facebook.com/wipo.verdi>

Veranstaltungsreihe *Lohn, Preis und Profit*:

<https://onlinebiz.verdi-gpb.de>

<https://www.youtube.com/@lohnpreisundprofit/videos>

(Die Veranstaltungen finden online via Webex statt – jeden zweiten Montag im Monat um 18 Uhr, außer Juli/August.)

¹ Mehr dazu vgl. [ver.di Wirtschaftspolitik Informationen 02/2023](#): Unsozial und ökonomisch schädlich. Ampel-Haushaltspolitik mit dem Rasenmäher